

Gemeinderat - Ö - vom 30.11.2010
1) TOP Bürger fragen

Keine.

Beschluss:

2) TOP 60-125/10 Fürstenberg-Gymnasium / Generalsanierung

Oberbürgermeister Thorsten Frei führt in den Tagesordnungspunkt ein. Danach referiert Herr Prof. Dr. Sedlbauer vom Fraunhofer Institut für Bauphysik Stuttgart mit einer Power Point Präsentation zum Thema Schulbausanierung. Der Vortrag ist dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt. Danach besichtigte das Gremium die Aula, die Flure, Klassenzimmer, Fachräume, Schülerbereiche und das Lehrerzimmer.

Nach dem Rundgang erläutert Herr Mario Mosbacher, Lehrer am Fürstenberg-Gymnasium und Leiter des Arbeitskreises Generalsanierung, die Vorstellungen der Schule zur Generalsanierung mit einer Power Point Präsentation. Diese ist dem Protokoll als Anlage 2 beigefügt.

Stadtrat Hall: Die CDU-Fraktion unterstütze den von Herrn Mosbacher und Herrn Böhm vorgetragenen Wunsch, auch einen pädagogischen Berater einzuschalten. Häufig sei es so, dass intelligente und Kosten sparende Lösungen einen höheren Planungsaufwand bewirkten, sich insgesamt gesehen aber auszahlen. Weil eine langfristige Kostenbetrachtung aber zwingend notwendig sei, müsse dieser zusätzliche Planungsaufwand betrieben werden. Den Startschuss für die Generalsanierung des Fürstenberg-Gymnasiums sehe er auch als Startschuss für die Sanierung der gesamten Donaueschinger Schullandschaft. Die Deutsche Gesellschaft für nachhaltiges Bauen e. V. (DGNB) habe ein Zertifizierungssystem entwickelt, das in der Bau- und Immobilienwirtschaft die Nachhaltigkeit zum zentralen Thema mache. Zertifiziert würden auch Gebäude für den Bildungsbereich. Er bitte deshalb zu prüfen, ob auch die DGNB bei dem Projekt Generalsanierung Fürstenberg-Gymnasium einbezogen werden könne.

Stadtrat Dr. Klotzbücher: Er finde die Idee „Modellschule Fürstenberg-Gymnasium“ faszinierend. Es sei aber zu berücksichtigen, dass Mittel für solche Zwecke nur in begrenztem Umfang zur Verfügung stünden. Es sei klar, dass Sanierungswünsche anderer Schulen folgen werden. Ob, wie von Herrn Mosbacher dargelegt, eine aufwändige Bühnenausstattung notwendig sei, stelle er infrage, da die Stadt eine solche im Strawinsky erst jetzt realisiert habe.

Stadtrat Karrer: Die für die Sanierungsmaßnahme bisher eingeplanten Finanzmittel in Höhe von 1,7 Mio. € würden vermutlich nicht ausreichen, um allen vom Fürstenberg-Gymnasium aufgezeigten Notwendigkeiten gerecht zu werden. Für besonders wichtig halte er die Verbesserung der Akustik. Die SPD-Fraktion werde das Projekt Generalsanierung Fürstenberg-Gymnasium unterstützen, die Standards aber kritisch hinterfragen. Auch für die Realschule seien dringende Notwendigkeiten für Sanierungsmaßnahmen zu sehen.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Auch sie halte es nicht für möglich, alle geäußerten Wünsche für 1,7 Mio. € umsetzen zu können. Die Planung müsse aber alle Wünsche berücksichtigen. Es werde dann Aufgabe des Gemeinderates sein, eine Auswahl zu treffen und zu entscheiden, was umgesetzt werden könne und was nicht. Dabei sei immer auch zu berücksichtigen, dass andere Schulen mit Sanierungen folgen müssen.

Stadtrat Kaiser: Bei der Lektüre der Sitzungsvorlage habe sich ihm die Befürchtung aufgedrängt, dass nur eine technische Sanierung geplant sei. Die notwendige Generalsanierung sei seiner Ansicht nach sehr viel umfassender. Den sehr engen Terminplan halte er fast für verwegen. Er habe Zweifel, ob sich dieser realisieren lasse. Deshalb plädiere er für eine längere Planungsphase. Nur so sehe er gewährleistet, dass es eine solide und auch Kosten sparende Lösung geben könne. Auf jeden Fall solle die Planung modular aufgebaut werden. Ziel müsse dabei sein, einzelne Abschnitte unabhängig von einander und eventuell auch nacheinander zu realisieren. Im Sinne der besten Lösung

schlage er die Durchführung eines Architektenwettbewerbs vor.

Oberbürgermeister Frei: Einen Architektenwettbewerb halte er angesichts des begrenzten Gesamtvolumens nicht für sinnvoll. Ein Architektenwettbewerb werde mindestens 50.000 € kosten. Sinnvoller sei es, drei geeigneten Architekturbüros um die Benennung von Referenzprojekten zu bitten. Dazu könnten dann jeweils nähere Erkundigungen eingeholt werden. Die Verwaltung werde dem Technischen Ausschuss in der nächsten Sitzung im Februar 2011 einen Vorschlag für das Planerteam unterbreiten.

Stadtrat Karrer: Auch er spreche sich gegen einen Architektenwettbewerb aus. Sinnvoller sei es, bereits realisierte Gebäude von drei Architekturbüros in Bezug auf Architektursprache usw. anzuschauen und unter Berücksichtigung der dabei gewonnenen Erkenntnisse über die Vergabe des Planungsauftrags zu entscheiden.

Stadtrat Kaiser: Es müsse davon ausgegangen werden, dass die Baukosten sehr wahrscheinlich deutlich über den bisherigen Schätzungen liegen. Die Kosten eines möglichen Architektenwettbewerbs würden deshalb im Verhältnis kaum ins Gewicht fallen.

Stadtrat Hall: Auch er halte einen Architektenwettbewerb für überflüssig. Deshalb werde er diesem Antrag nicht zustimmen. Besser sei die Lösung, wie sie von Herrn Oberbürgermeister Frei vorgeschlagen worden sei. Geeignete Architekturbüros sollten nach Referenzprojekten gefragt werden. Dies mache es dann möglich, Bauherren und Nutzer nach ihren Erfahrungen zu befragen. Der Baustart sollte für das Jahr 2012 vorgesehen werden. Die Planungszeit von einem Jahr sei ausreichend, dabei sei unerheblich, ob die Gesamtkosten des Projekt bei zwei oder letztlich bei 4 Mio. € liegen. Das solide geplant werden müsse, sei für alle Stadträte eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Bei der Durchführung der Sanierungsmaßnahme sollte der energetischen Verbesserung sowie der Verbesserung von Akustik und Beleuchtung und den Anforderungen aus der Pädagogik Priorität eingeräumt werden. Es werde aber keinesfalls möglich sein, die halbe Schule abzureißen und neu zu bauen.

Oberbürgermeister Thorsten Frei: Er gehe davon aus, dass es für eine Baumaßnahme in dieser Größenordnung und in der vorgesehenen Qualität Zuschüsse von dritter Seite geben werde. Wenn dies der Fall sei, würden die Zuschüsse nicht zur Verringerung der Baukosten, sondern zur Erweiterung des Umfangs der Sanierungsmaßnahme verwendet.

Beschluss:

1. Dem Antrag der Grünen-Fraktion, einen Architektenwettbewerb durchzuführen, wird nicht zugestimmt.

(29 Nein, 4 Ja)

2. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zu den Haushaltsberatungen 2012 ein bauliches Konzept zur Sanierung des Fürstenberg-Gymnasiums auszuarbeiten und dafür auch Fachingenieure einzuschalten.

(32 Ja, 1 Enthaltung)

3) TOP 14-004/10 Jahresabschluss 2009 - Eigenbetrieb Wasserwerk - Prüfung

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

**4) TOP 14-006/10 Jahresabschluss 2009 - Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung -
Prüfung**

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

5) TOP 14-002/10 Jahresrechnung 2009 - Schlussbericht

Frau Mayer-Schwer: Das Jahr 2009 sei insgesamt sehr positiv verlaufen. Aufgrund der beiden Nachtragssatzungen sei dies zuerst so nicht zu erwarten gewesen.

Die Nettoinvestitionsrate, der Indikator für die Leistungskraft des Verwaltungshaushaltes, belaufe sich auf 5,55 Mio. € und liege somit weit über dem Planansatz. Durch unerwartete Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer zum Jahresende sei es möglich gewesen, die geplante Rücklagenentnahme deutlich zu verringern. So seien aus der Rücklage als Deckungsmittel für den Vermögenshaushalt lediglich 1,29 Mio. € in Anspruch genommen worden.

Der Verwaltung sei durchweg gute Arbeit zu attestieren. Die Einführung der Vollbudgetierung und der internen Leistungsverrechnung habe im vergangenen Jahr allen Beteiligten sehr viel abverlangt. Die Vollbudgetierung bewirke mehr Eigenverantwortung, ermögliche andererseits aber auch einen erweiterten Handlungsspielraum. Das Berichtswesen bringe den Budgetverantwortlichen eine deutliche Mehrbelastung. Es sei davon auszugehen, dass sich diese in den nächsten Jahren aber auf ein vertretbares Maß einpendeln werde.

Die interne Leistungsverrechnung werde hinsichtlich der Kosten der einzelnen Dienstleistungen gegenüber bisher mehr Transparenz bringen. Dies gelte in besonderer Weise für die Aufteilung der Personalkosten. Die jetzt vorliegende Jahresrechnung zeige, dass das angestrebte Ziel noch nicht erreicht wurde. Verwaltungsintern müsse also noch nachjustiert werden.

Bei der Kosten- und Leistungsrechnung halte sie es für notwendig, den Verwaltungsaufwand auf ein vertretbares Maß zu beschränken. Die Verwaltung habe in dieser Hinsicht die Möglichkeit, den per Gesetz eingeräumten Ermessensspielraum auszuüben. Im Sinne der richtigen Lösung sei in dieser Hinsicht eine Kosten-Nutzen-Analyse notwendig.

Sie empfehle dem Gemeinderat, den Jahresabschluss festzustellen.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

**6) TOP 20-046/10 Feststellung Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebs
Wasserwerk Donaueschingen**

Beschluss:

Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 bis Nr. 3 der Verwaltung wird
zugestimmt.

(einstimmig)

**7) TOP 20-047/10 Feststellung Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebs
Abwasserbeseitigung**

Beschluss:

Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 bis Nr. 3 der Verwaltung wird
zugestimmt.

(einstimmig)

8) TOP 20-039/10 Jahresrechnung 2009 - Feststellung

Beschluss:

Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 bis Nr. 5 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

9) TOP 60-124/10 Donauhallenmodernisierung - Kostenstandsbericht

Oberbürgermeister Frei führt ergänzend zur Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein. Sobald das Gesamtprojekt endgültig abgeschlossen sei, werde die Verwaltung die Öffentlichkeit über die Abwicklung des Projekts sowie die Kosten und deren Finanzierung in geeigneter Form informieren und dabei auch ein Gesamtresümee ziehen.

Stadtrat Hall: Die sich abzeichnende Kostenüberschreitung um 3 % sei bei einem Bauvolumen in dieser Größenordnung ein sehr gutes Ergebnis und ein bemerkenswerter Erfolg. Die CDU-Fraktion nehme dieses gute Ergebnis zum Anlass, die Realisierung des ursprünglich geplanten Aufzugs im Seminarbereich zu beantragen. Diese Maßnahme sollte jetzt noch durchgeführt und mit den Gesamtbaukosten abgerechnet werden.

Stadtrat Dr. Klotzbücher: Auch die FDP-Fraktion bewerte das vorliegende Ergebnis ausschließlich positiv. Eine Kostensteigerung um 3 % sei bei einer so großen Baumaßnahme nicht zu beanstanden. Dem Antrag der CDU-Fraktion hinsichtlich des Aufzugs werde seine Fraktion zustimmen.

Oberbürgermeister Frei: (Auf Frage von Stadtrat Dr. Klotzbücher) Die Verwaltung könne garantieren, dass die jetzt ermittelten Gesamtkosten in Höhe von 14.950.000 € nicht überschritten werden.

Stadtrat Karrer: Er gratuliere allen am Projekt Beteiligten zu diesem guten Ergebnis und danke für die hervorragend geleistete Arbeit. Hinsichtlich des Aufzugs werde auch die SPD-Fraktion dem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Auch die GUB-Fraktion werte das Ergebnis positiv. Dieses sei durch eine gute und engagierte Zusammenarbeit erreicht worden. Die GUB-Fraktion werde dem Antrag der CDU-Fraktion hinsichtlich des Aufzugs zustimmen.

Oberbürgermeister Frei: Für den Einbau des Aufzugs im Seminarbereich seien Kosten in Höhe von 90.000 € zu erwarten.

Beschluss:

1. Dem Einbau des Aufzugs im Seminarbereich mit voraussichtlichen Kosten in Höhe von 90.000 € wird zugestimmt.

(28 Ja / 4 Enthaltungen)

2. Dem vorgestellten Kostenstandsbericht mit Gesamtkosten von 14.950.000 € zuzüglich 90.000 € für den Aufzug im Seminarbereich wird zugestimmt.

(28 Ja, 4 Enthaltungen)

3. Der Verwendung von 560.000 € der Mehreinnahmen bei Grundstücksverkäufen im Haushaltsjahr 2010 (insgesamt 1.290.000 €) für die überplanmäßige Finanzierung der zusätzlichen Kosten bei der Donauhallenmodernisierung einschließlich der Kosten für den Aufzug im Seminarbereich wird zugestimmt.

(28 Ja, 4 Enthaltungen)

10) TOP 80-026/10 Heimattage 2012 - Finanzierung

Herr Riedmann: Der auf die Stadt Donaueschingen entfallende Kostenanteil für die Heimattage 2012 belaufe sich auf 221.700 €. Davon sollen 121.700 € durch Sponsorengelder gedeckt werden. Für die Stadt Donaueschingen verbleibe somit ein Zuschussbetrag von 100.000 €. Für die Finanzierung der notwendigen Marketing-Maßnahmen stelle das Land 155.000 € zur Verfügung. Dieser Betrag reiche zur Deckung der hier anfallenden Kosten aus. Deshalb seien Kosten dieser Art in der dem Gemeinderat vorgelegten Kostenaufstellung nicht aufgenommen worden. Die bisher geplante Gewerbeschau sei im Entwurf des Veranstaltungskalenders zum vorgesehenen Termin nicht mehr enthalten. Es sei nämlich noch nicht klar, ob eventuell das Land Baden-Württemberg aus Anlass des 60-jährigen Landesjubiläums die Donauhallen für eine Veranstaltung benötige. Wenn dies so wäre, werde die Gewerbeschau an einem anderen Wochenende stattfinden.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

11) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Keine.